



# Die Einigung der Linksopposition vollzogen!

## Die Tagung der Einigungs-Konferenz.

In einem Saalbau in Margareten verjammelten sich am 11. Jänner einige Dutzend Kommunisten, um gemeinsam eine geistige Linksopposition zu schaffen.

Im Namen des Antikommunistischen Konsortium Gen. Stift mit einer kurzen Ansprache. In das Präludium wurden die Gen. Ritter, Gräf und Stift entsendet. Das politische Referat stellte Gen. Gräf, Gen. Daniel gab eine Darstellung der Diskussion über die Plattform und verlas dieselbe. (Da alle Fragen in der Plattform nicht behandelt werden konnten, wird über die russische Frage eine außerordentliche Diskussion geführt werden. Ann. d. Red.) Die von Gen. Gen. vorgebrachte Vereinigungsresolution sowie die Plattform finden die einheitliche Zustimmung der Konferenz. Nach einem kurzen Referat des Gen. Daniel über die nächsten Aufgaben der Opposition geht eine lebhafte Debatte über den Titel des neuen Blattes der Opposition vor sich, in der Gen. Rosch, in seiner fähigen und revolutionären Art den Standpunkt der Sozialen Organisation vertreibt. Es wurde beschlossen, wöchentlich für Wien das Organ der Opposition unter dem Titel „Die Wahrheit“ für Steiermark für zwei Monate bzw. „Wahrheit“ als Röpplatt erscheinen zu lassen, um während dieser Zeit die Zustimmung der sozialen Organisationen einzufangen.

Nach der Wahl der Sitzung und einem Appell des Gen. Gräf wird die Konferenz unter den Klängen der Internationale geschlossen.

Nachstehend bringen wir die Einigungsresolution und die Plattform:

## Resolution!

Am 11. Jänner 1921 haben sich die vom Konsortium der sozialen Kräfte vor sich gegangene Bourgeoisie und Großbürgerlichkeit — nach rechts: proletarische Massen — nach links. (Das französische Beispiel Deutschland, Polen). Die Stabilität der gesellschaftlichen Verhältnisse gerät immer mehr ins Wanken. Daher die wachsende Gefahr des Faschismus, die Verstärkung der Reaktion in Europa, das Ver sagen des Parlamentarismus.

Die vereinigte Organisation führt den Namen: Kommunistische Linksopposition Österreich und erklärt ihren Anschlag an das internationale Büro (Büro der Internationalen Linksopposition (Volkswallfahrt-Komitee)).

Die kommunistische Linksopposition in Österreich richtet ihre brüderliche Würde an die Bruderkommunen aller Länder; aber insbesondere an unsre russischen Brüder, die trotz alter Repressionen des Staatsregimes den hohen Ruhmigen Kampf um das Erde Berlin, um die Oktoberrevolution.

Die kommunistische Linksopposition neubaut sich auf allein und außerhalb der Partei KPD mit der Kraft des revolutionär kommunistischen Kommunismus, sowie an alle revolutionären Brüder, die durch den Kampf der linken Gruppen unterlegen waren, sich der vereinigten Linksopposition angeschlossen und mit verstärkter Rauke in Kampf um die Weltrevolution der kommunistischen Internationale zu unterführen.

## Plattform.

Einstimmig angenommen von der Einigungskonferenz am 11. Jänner.

Von der Erfahrung ausgehend, daß der gegenwärtige Zustand in der österreichischen Opposition überwunden werden muß, haben sich die Vertreter der „Wahrheit“-Gruppe, der Widerstand der SPÖ, SPÖ und der „Innerverteidiger“-Gruppe zusammengefunden, um eine neue — vom Geiste des Volkswallfahrt-Kommunismus durchdrungen, vom revolutionären Enthusiasmus der besten Elemente der alten Gruppen getragen — oppositionelle Organisation ins Leben zu rufen, die jegliche Gemeinschaft mit den Schleier und der Tradition der alten Gruppen ablehnt und ihrer revolutionären Tätigkeit folgende Plattform zugrundelegt:

### Was ist die linke Opposition?

Die linke Opposition ist weder eine zweite Partei, noch der Ertrag einer solchen. Sie ist eine — durch den autoritären Abschluß aus der Partei — notwendig gewordene Freiheit in der kommunistischen Partei.

Die linke Opposition ist jederzeit bereit, in die Partei zurückzufallen, falls ihr die Möglichkeit gäbe, im Rahmen des Parteifokus und der Parteidisziplin, seine Maßnahmen zu vertreten, die sie für richtig hält.

### Was sind die Ziele der Linksopposition?

#### A. Die Gestaltung zur russischen Revolution.

Die ganze Gestaltung der Kriegsgeschichte geht vor sich im unmittelbaren oder mittelbaren Gehirn der russischen Revolution. Heute mehr denn je. Die russische Revolution hat die Weltrevolution eingeleitet, deren Bestandteil sie Bilder und bogen Hauptorte ist.

Die Entwicklung der russischen Revolution während der letzten drei Jahre hat die Richtigkeit der Plattform der russischen Opposition in glänzender Weise bestätigt.

Unter dem Druck der russischen Opposition einschließlich, aber auch unter dem Druck der sozialen Kräfte der Revolution selbst unterdrückt, hat die Ständische Führung eine Wendung nach links vorgenommen und damit eine aufsteigende Stütze der Durchsetzung der Revolution, ihrer Fortentwicklung und Gestaltung ihrer sozialistischen Kräfte ermöglicht. Der Südkontinent, der industriellen Kulturstadt, trotz erneuter Würgel, Zölle und Widerstände, einen gigantischen Fortschritt in der Richtung zum Sozialstaat.

Das ausschlaggebende in der gegenwärtigen Periode der russischen Revolution ist die Kollektivierung der Landwirtschaft. Der Aufschwung der Kollektivierung ist es, der eine neue Gruppe der russischen Revolution eröffnet: eine neue Gruppe nicht nur in dem Sinne, daß die Kollektivierung den Prozeß der Umgestaltung der bäuerlichen Wirtschaft (also der Wirtschaft der überwiegenden Mehrheit der sowjetischen Bevölkerung) beginnt, sondern auch in dem Sinne, daß sie neue Gefahren für die proletarische Revolution erzeugt.

Die linke Opposition lehnt die Aussöhnung ab, als ob der Aufschwung der Kollektivierung zur permanenten Wirkung den administrativen Zwang hätte, eben zu leugnen, daß im Prozeß der Kollektivierung höchst gefährliche Überverteilungen und Überverschwendungen der Bürokratie zum Vorschein treten würden.

Die linke Opposition lehnt grundsätzlich die Aussöhnung ab, daß die Kollektivierung nur auf Grundlage der kleinen sozialistischen Wirtschafts-Umgrenzung des Produktionsraumes vor sich gehen kann und soll, welche Aussöhnung von den Menschenwerten und Materialien. R. Kautsky verzerrte und falsch auf die Auswirkung nach der Aussöhnung von 90 Prozent der bezw. französischen Arbeitnehmer ausgewichen ist. Die Opposition lehnt es ab über alle ihre Macht, auf ihre Weise hinzuweisen, eine ungeheure Verstärkung erfahren.

Die auf der technischen Rückständigkeit hervorgehenden und die von der sozialistischen Führung, d. i. die theoretischen Kräfte des Margareten-Kommunismus verhindert und entstellt, nicht begreifen und nicht berücksichtigt werden.

Der neue Ausrichtung der Revolution vollzieht sich in Formen des verdeckten Staatenkampfes. Der 16. Parteitag der SPÖ, die eigentl. am besten sowohl den Auswirkungen der Revolution, als auch den verdeckten Kampf wieder. Das geplagte Statutentum, die Überreste der sozialen Neu-Bourgeoisie, gewisse Kontingente des überzähligen Bevölkerung aus dem ländlichen Lande, die entarteten Elemente des Staates und Parteiauparates (die bei Verstärkung der Lage einzige Abteilungen der Arbeiter-Kräfte beeinflussen können), bilden die soziale Grundlage der Konterrevolution, die nur in der Form einer komparatistischen Diktatur und auf der Basis einer Unterdrückung (Unterwerfung) der sozialistischen Bourgeoisie siegen könnte.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Rolle des Organisators der Verteidigung der Revolution gegen Bourgeoisie und Intervention der offiziellen Führung der SPÖ, zufallen wird. Die linke Opposition wird sich — in diesem Falle unter das Kommando dieser Führung stellen, um Schutt an Schutt mit den Parteimassen die Revolution zu verteidigen.

Die Waffen, also ob Stalin oder die SPÖ, also Partei den Kompartimenten repräsentieren, oder Elemente des Kompartimenten im Sinn tragen, also auch die Waffen, also ob der 16. Parteitag der SPÖ, die automatische Verteilung des Kompartimenten-Sinne, lehnt die linke Opposition als eine funktionale Verbündung ab.

Die linke Opposition kämpft in der russischen Revolution für die

reelle Bedeutung der revolutionären Theorie der vergangenen Jahre, ihre Erfüllung durch die evolutionäre Theorie Marx-Kautsky; für die Wirtschaft und die Verarbeitung und Weiterentwicklung in die Partei massiver oppositioneller Kräfte mit den Kämpfen

#### an der Spitze.

Die linke Opposition ist eine der treibenden Kräfte des Prozesses der Gestaltung der proletarischen Demokratie in der Sowjetunion.

#### B. Die Wirtschaft und die Röpplattform.

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise, die in Amerika — wo sie den fast „normalen“ Abschluß des industriellen Zeitalters bedeute — ihren Anfang nahm, in Europa (speziell England, Deutschland) mit dem Abschluß der Imperialisierungskonjunktur (1925-1929) zusammenfällt, hat mit nie dagewesener Kraft, die

#### Krisentreille

Krise, die sozialen Widersprüche und Gegenläufe des Kapitalismus offenbart.

Die Wirtschaftskrise, die Krise des bürgerlich-parasitär-kapitalistischen Regimes, das Wachsen der Arbeitslosigkeit, die bereits eine latente Erscheinung geworden ist, die Schwankungen im Lager der Bourgeoisie, das Ansteigen der sozialistischen Krise als der Ausdruck der Unzufriedenheit breiter Kleinbürgerlicher und proletarischer Massen mit dem bürgerlich-demokratischen System und die rücksichtlose „Stabilisierungspolitik“ der SPÖ läuden das Kennzeichen einer revolutionären Krise.

Unter den Zägeln der Krise hat der Gegenstand zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Arbeitseinkommen und ihren Verlusten, enttarnt, in die Gegenwart umgeschlagenen Organisationen (reformistische Parteien und Gewerkschaften)

unter den Zägeln der Krise in eine Beschleunigung der sozialen Kräfte vor sich gegangen, Bourgeoisie und Großbürgerlichkeit — nach rechts: proletarische Massen — nach links. (Das französische Beispiel Deutschland, Polen). Die Stabilität der gesellschaftlichen Verhältnisse gerät immer mehr ins Wanken. Daher die wachsende Gefahr des Faschismus, die Verstärkung der Reaktion in Europa, das Versagen des Parlamentarismus.

Die gegenwärtige Krise beweist nochmals, daß der Kapitalismus reif und überreif ist für die proletarische Revolution. Die gegenwärtige Krise muß unangestoppt einerseits revolutionäre Situationen erzeugen, anderseits die Gefahr imperialistischer Kriegs und noch mehr die Gefahr eines Interkonditionalkrieges gegen die Sowjetunion ungeheuer verschärfen.

Die Aufgabe der Röpplattform besteht heute mehr denn je in der Vorbereitung und Organisierung der proletarischen Revolution bezügl. der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg.

Dazu ist vor allem eine richtige Einschätzung der Lage und eine führe revolutionäre Politik auf weite Sicht notwendig. Der 6. Kongress der Röpplattform und noch mehr das darauffolgende Plenum des Konsortiums — indem sie Etappen der Entwicklung zu überwinden suchen, die Parteien entwaffnet, deorientiert und zur Politik der revolutionären Freiheit verurteilt.

Der Röpplattform lädt und fördert die kommunistischen Parteien von den breiten proletarischen Massen, statt sie hoffnungsvoll mit richtigen, populären und den Bedürfnissen der Massen angepaßten Forderungen um die Partei der Revolution zu jammeln. Der Erfolg der kommunistischen Parteien im Kampf um die großen Massen, die heute noch der SPÖ folgen, wird legen Endes über den Sieg der proletarischen Revolution über den Sieg des Kapitalismus entscheiden. Der Kampf gegen den Röpplattform wird vom Proletariat nicht vom Standpunkt der bürgerlichen Demokratie, sondern vom proletarisch-revolutionären Standpunkt geführt und ist nicht nur gegen den Faschismus, sondern gegen den bürgerlichen Staat schließlich gerichtet, der in jeder Form d. Disziplin der Bourgeoisie bis zu deute.

Eine führe revolutionäre Politik der Parteien fordert: marxistisch gelehrt, revolutionär repreßt, mit den Massen eng verbundene Räder. Die Erziehung von Röpplattformen durch den Konsortium und der Grundlage der Röpplattform des Proletariats, der Parität der Massen, der beamtmäßigen Hierarchie; der materiellen und ideologischen Abhängigkeit vom Zentral-Staat und seinen Unabhängigkeiten von der Parteimitgliedschaft entstandene Kommissarienapparat dagegen, entwidelt immer mehr Eigenheiten, wie wir sie bei der Kriegsgegenseitigdemokratie beobachten konnten.

Die Überwindung dieser Entwicklungstreiber ist die Voraussetzung der Reinigung der Röpplattform; die Überwindung dieser Überwindung ist die Aktivierung der Röpplattform und das Erklären der Parteien.

Es sind dialektisch verbundene, komplizierte Prozesse, die durch Kämpf a la Tren, noch durch dialektische Kämpfen, noch durch stämmige Kavallerieattacken der Opposition erlegt werden müssen.

Come auf, nur für einen Augenblick zu vergeßen, daß die Röpplattform das einzige revolutionäre Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung ist.

Bestrebt es die Röpplattform für ihre Kämpfe, durch erneute soziale Kritik, theoretische Auflösung, durch neue Kritik der Kritik der Sowjetunion und zu befürchten.

#### C. Die Lage in Österreich und die SPÖ.

Alle im obigen Kapitel geklärten Geschehnisse hindern ihren kraftvollen Rückzug in der Wirtschaft und Politik Österreichs. Die kraftvolle Krise; die Verstärkung der sozialen Kräfte; die Wandelung der SPÖ; das Verlassen der SPÖ — all das nimmt in Österreich besonders stark ausgewogene Formen an. Was die SPÖ anbelangt, so befinden auch ihr gegenüber keine anderen Aufgaben, als gebündigte theoretische Auflösung; solidarische politische Kraft, proletarisch-revolutionäre Mitarbeit.

Die linke Opposition kämpft für die Erfüllung der SPÖ in ideologischer, politischer und organisatorischer Beziehung. Sie kämpft für dieses Ziel nicht nur innerhalb und außerhalb der Partei, sondern wendet sich auch an die fortgeschrittenen Arbeitselemente, die heute organisatorisch noch in der SPÖ stehen, um sie für die revolutionären Prinzipien des Bolschewismus und die Röpplattform zu gewinnen.

Diese Aufgabe kann nur durch eine enste, sachliche, gebündigte Auflösungsarbeit auf Grund der Erfahrungen der Massen selbst, durch die Mobilisierung der organisierten Arbeiterschaft zum Kampf gegen die ökonomische Oppression der Unternehmer und die politische Oppression des Faschismus erfüllt werden.

#### D. Die Sozialdemokratie und die Normen des „Zusatzsozialismus“.

Was gerade an Hand der österreichischen Entwicklung am besten zu erkennen ist, ist die Unglücksfertigkeit der Konsortium des Sozialstaates einerseits, die kraftvolle Wandelung der Funktion des Sozialdemokratie anderseits. Kein bürgerlich-demokratische „Revolutionäre“ im Zeitalter der proletarischen Revolution (daher Röpplattform) gegenüber den gescheiterten Monarchie 1918-19; reformistische Vertreter der Tagessinteressen der Arbeiter im Rahmen der

Kapitalismus gegenüber der existierenden. 16 hinter dem Rücken des CB. verborgenen Bourgeoisie 1919-23; in spätestem Maße 1923-27: Verzweiter des überholten, veralteten gesetzlichen Bürgerlichen Überklassens, der die Massen der Arbeiter nur noch als Instrumente gegenüber dem monopoliistischen Finanzkapital „verteidigt“ 1927-30; Verzweiter des bürgerlichen Staates vor gestern (Demokratie) seit 1929 — das ist der Weg der ZDC. Und auf diesem Wege mührte die Sozialdemokratie allmählich zu Standorten nicht nur der proletarischen Revolution, nicht nur des Interesses des Proletariats als Verläufer seiner Arbeitstätigkeit, nicht nur des Interesses des Proletariats

als Staatsbürgers des bürgerlichen Staates werden. Nachdem die Sozialdemokraten einmal die proletarische Revolution verfehlt haben, wichen sie zwangsläufig zum oberflächlichen Opfer, zum willkürlichen Werkzeug, zum tatsächlichen Helfer und zum geistigen Widerstreiter des Kapitalismus werden. Dieser Wandelungsprozess in der Funktion des Sozialdemokraten darf nie bei der Wiedergabe den Ruf des Sozialstaates vergessen werden. Darin unterscheidet sich die Negation der Normen des Sozialstaates selbstens bei Unstimmigkeit von den der rechten Oppositionen, die legitime Wiedergabe der ZD. seit 1918 in Arbeit stellen. Darin liegt auch der Schlüssel zur Ausarbeitung einer revolutionären Gewerkschaftsstatistik.

Mit einer Summe von drei Mann hat die Bourgeoisie mehr erreicht als die sozialdemokratische Politik mit 1.660.000 Unterstützern. Es gibt kein Jürgen mehr. Nur der revolutionäre Klassenkampf vermag dieses Unrecht auf die Arbeiterschaft abzuwenden.

## Zur Abgabenteilung.

Unter der Vorsitz: „Sie wollen den Kampf“ veröffentlicht die „A.-Z.“ vom 10. Januar die Vorlage Danneberg, die in jeder Beziehung die prinzipsiellen Bedürfnisse der Regierung Rechnung tragen. Es wurde gemäß dem Verlängerten der Christlichsozialen zugesandt, daß:

1. Die Warenumsatzsteuer und Altablösteuer auf die einzelnen Bundesländer nach dem Gewölberangshöchstwert aufgeteilt werden sollen. Dies bedeutet für Wien einen Verlust von 17.28 Millionen Schilling. (Der Anteil Wien liegt von 47 auf 28 Prozent.)

2. Zum Ertrag der Körperchaftsteuer wurde auf Grund seinerzeitiger Kompromiss 3,2 Prozent zugunsten der Länder abgesegnet; dieser Abzug soll auf 4 Prozent erhöht, bei der Vermögensinkomsteuer auf 8 Prozent festgesetzt werden. Dies bedeutet für Wien einen Verlust von 3,5 Millionen Schilling.

3. Wien überlässt 14 Prozent sein x Landessteuergemalde den Ländern, das sind rund 9 Millionen Schilling.

4. Aus der Vermögenssteuer sollen die Länder den bisherigen Anteil Wiens an dieser Steuer, das sind 5 Millionen Schilling, erhalten.

5. Die Einschätzungen, die die Städte Wien und Graz für die Einhebung der Bundessteuer erhalten haben, soll auf das bischöfliche Mindestmaß reduziert werden.

Insgesamt würde Wien drei Viertel des vom Bund geforderten Betrag, das sind über 30 Millionen Schilling, erfüllen.

Dafür verlangt Wien, daß

1. dieser Haushaltssaldo sieben Jahre Gültigkeit habe;

2. die bis zum 31. Dezember in Kraft gewogene Rabattungs- und Kaufmittelabgabe, sei es auch mit einem verlängerten Ertrag, aufrechterhalten bleiben sollte. Dafür verzichtet die Gemeinde, daß die bisherigen Steuermäßigungen für ein weiteres Jahr in Kraft gelegt werden. (Die Ebene und Kaufmittelabgabe ergibt ursprünglich 13 Millionen Schilling, in der letzten Ratsitzung nur in Höhe von 3,5 Millionen Schilling. Die Steuermäßigungen hängen direkt ausschließlich auf die Bestellungen von Handel, Gewerbe, Industrie und Banken. Num. d. Abl.)

3. Der Bund möge der Gemeinde einen statthalterhaften Raumkredit für 2000 Wohnungen aus den Mitteln der Haingroßensteuer geben. (Dazu wäre der Bund auf Grund des Mieterrichtungskommissars vom Jahre 1927 ohnehin verpflichtet. Er lädt aber mit diesen Proletariegeldern Wien dazu ein. Num. d. Abl.)

4. Zögigt Wien einen temporären Verbindungshöchstwert zur Befreiung dieser Gelder auf die Länder und Gemeinden vor.

5. Erfährt sich die Sozialdemokratie mit dem Vorende des Finanzministers auch für die Zukunft, wenn auch im eingeschränkten Maße des bisherigen Zustandes, einverstanden.

Die Regierung, also auch die Christlichsozialen Bündnispartner haben diesen Vorschlag abgelehnt und die Regierung beansprucht, „als Mittel zu reicheln, um nach den Bestimmungen der Regierungsvorlage den benötigten Interessen der Länder... Geltung zu verschaffen“.

Die Sozialdemokratie fordert in Haushaltssammlungen die Wiener „... die Interessen Wien zu vertreten. Wie das die Wiener tun sollen, darüber schweigt die hohe Bourgeoisie. Wollen die Wiener Arbeiter wirklich ihre Steuerbeläge vor dem Anhänger der reaktionären Bündnisregierungen schützen, so müssen sie vor allem in der SPÖ, in den Gewerkschaften und Vereinen den sozialen Kampf gegen den Kapitalistenvorstand Dannebergfront machen und im Zusammenhang mit dem geplanten Haushaltsumschliff den Kampf gegen das gesamte Hungerdeutschland führen und für die soziale Verbesserung des Reichs und Augsburger einzutreten.

Die Arbeiter sollen sich den Klim annehmen. Wenn sie die Gewerkschaften des Krieges sehen werden, sollen sie, dürfen sie nicht vergessen, daß an diesem größten Verbrechen der Weltgeschichte auch die Sozialdemokratie maßgebend war. Und wenn sie die Schreine aus dem Klim ziehen, müssen sie im Aug' behalten: Die Voraussetzung der Befreiung des Krieges ist die Befreiung des Kapitalismus und die Voraussetzung dieser Befreiung des Kapitalismus ist die Befreiung der blutbefleckten Sozialdemokratie aus der Arbeiterschaft.

## Das ist alles . . .

Bekanntlich hat der Vertreter der Arbeiter, Obersturmführer Walter, vor Bekämpfung über den Untersuchungsausschuß der Verwaltungskommission der ZB. Wien seine „A-Z.“ niedergelegt, worauf Minister Reich den Zeckendorf Dr. Hammer als „Vertreter der Arbeiter“ eingreift hat. Jetzt hat — nachdem der Untersuchungsausschuß verfehlt ist. Minister Reich über Wunsch der Arbeiterschaft, Doctor Ballo als Arbeitservertreter in die Verwaltungskommission berufen. Das Wunder ist vorüber. Und was sagt jetzt die „A-Z.“ zu diesen Wirklichkeiten, die eine Vormahnung der ZD. Novelle sind?

Hoffentlich gelingt es Ballos Geschicklichkeit und Tatkraft, das Vor der Bezieher der Widerstandsbücher zu überwinden, das nach den Beschlüssen der bisherigen Verwaltungskommission besonders kritisch ist.

Unter diesen steht Nr. 2. Thema wegen des Verbot eines neuen Paragraph 303 vor den Wiener Geschworenen. Der Staatsanwalt will unter Blatt vernehmen. Sprecht bei den Kollegien!

Vergleiche!

Jeder Groschen ist ein Bild gegen den Verachtungshöchstwert des Staatsanwalts.

Die Bekämpfung alter linkscommunistischen Kräfte in Österreich hat es vornehmlich erscheinen lassen, unter Kampftat zu futur unter dem Titel „Die Wahrheit“ „Kämpfen zu lassen. Um unsere Freunde und Freiheit davon in Kenntnis zu setzen, eröffnete der „Wahrheit“ noch in vier aufeinanderfolgenden Nummern ein Specialblatt der „Wahrheit“.

**Abonniert „Die Wahrheit“!**

# Was uns Arbeiter schreiben.

Das Werk: „Humanitas“ kommt zu reden.

Wo in die älteste Zeit hörten die Arbeitslosen von Grau auf die Brennstoffauskühlle. Die Herren in der Gemeinde, die Herren in der Landesregierung verschließen nichts vor der Röte, die in den grauen Gedenktagen der Arbeitslosen herrschte und diesen auch noch den Aufenthalt im Heim verbietet. In den vergangenen Jahren erfolgte kein neuer Wohlmaßnahmen schon die Aussage des Brennstoffes. Gaben damals die Herren noch ein besseres Verständnis für die Not der Arbeitslosen gehabt? D. nein. Damals haben unsere Genossen, die das Vertrauen der Arbeitslosen hatten, mit ihnen stets einen empfindlichen Druck auf die Gemeinde und das Land ausgeübt. In mächtigen Versammlungen haben die Arbeitslosen ihre Forderungen gestellt, und die Herren, die sonst taube Ohren haben, bekamen die Stimmen der Arbeitslosen sehr deutlich zu hören, und eingeschüchtert, daß die Erregung der Arbeitenden zu einem organisierten Kampf führen könnte, kam es in den vergangenen Jahren zur Brennstoffauskühlle vor Weihnachten. Da müssen einige Genossen der Grazer Organisation, weil sie in Graz keine Arbeit mehr bekommen, fort. Die Genossen, die zurückblieben, so aufwändig ihre Tätigkeit war, konnten mit ihren Kräften nicht in demselben Maße den Kampf fortführen.

Die Stolzlinnen waren und sind unsfähig, den Kampf der Arbeitslosen zu organisieren.

Die Herren in der Gemeinde und in der Landesregierung wissen, daß die Arbeitslosen keine organisierte Kraft mehr vorstellen und haben aus diesem Grunde sich auch gar nicht mehr gezwungen gefaßt, für die Arbeitslosen Vinderungsmahnahmen zu treffen.

Man hat mit der Kohlenauskühlle so früh begonnen, damit die Gemeinde in diesem Winter nicht ein zweites Mal eine Brennstoffauskühlle geben braucht.

Daraus können die Arbeitslosen sehr viel lernen. Wenn sie nicht zur Vinderung ihrer Not unterschreiten, wenn sie sich nicht zusammenziehen, wenn sie ihre Forderungen nicht durch eine organisierte Bewegung zum Ausdruck bringen, gibt ihnen das Land und die Gemeinde nichts.

Ist es den Arbeitslosen auch nicht aufgefallen, daß im Gemeinderat der Vorarlberg für eine ausreichende und fairende Widerstandshilfe eingeraten ist?

Bei dieser Gelegenheit müßten wir den Arbeitslosen sowie den übrigen Arbeitern auch sagen, daß sie es bei der vergangenen Gemeinderatssitz verabschiedet haben, jene ihre Stimme zu geben, die einzige und allein die Interessen der Weltarbeiter vertragen, den Genossen der Kommunistischen Linke-Opposition.

Die gesetzte Lage erfordert es, daß sich die Arbeitslosen fest aber doch aufzustellen um vorwirksame Kämpfe. Die Zeit ist ernst, da auch seit an der Regierung neuerliche Verschlechterungen geplant sind. Die Kommunistische Linke-Opposition wird die Arbeitslosen mit allen ihren Kräften im er-orderlichen Kampf unterstützen.

**Das Geld holen wird unerträglich.**

In der strengsten Röte müssen die Arbeitslosen bei der Zollstelle, Finanz, Graz 1, 2, 3 bis 4 Stunden mit hängigem Hagen warten und frieren, bis sie ihr Geld erhalten. Röte nur das lange Warten reicht die Geduld der Arbeitslosen bis ans Ende, die Behandlung, die ihnen zuteilt wird, grenzt an Sklaverei. Polizist wacht den einen, dann wieder den anderen bei den Kleidern und reicht mit ihnen herum, schlägt und stößt sie, nimmt ihnen das Nationale und die Kontrollkarten ab. Und der Vorworfene muß warten bis zum Schluss der Auszahlung. Das ganze steht aus wie auf einem Bühnentheater, wo man die Objekte und Szenen herumtreibt. Viele Arbeitslose werden krank; was schenkt sich die „Herren“, ob ein Arbeitsloher zugrunde geht oder nicht. Ihnen wäre es lieber, wenn alle Arbeitslosen krepierten möchten, das wäre für sie die einfachste Lösgung. Werden Arbeitslose lassen ihre Blut an den Kolporteur aus. Arbeitsloher, das ist ganz toll, wenn sie vom Kolporteur des „Mahrn“ fordern, er möge diese Schläger allein bekämpfen, so ist ihr. Ihre Arbeitslosen mögen auch als Massen weichen, denn ein Kolporteur kann nichts anderes, wenn ihr ruhig wartet und auch nicht läuft, wenn ihr auch 7-8 Stunden steht. Wie lange steht ihr noch diese Geduld? Wählt aus einer Stütze beim Anstellen Deputationen und geht zur Landesregierung und fordert raschste Abstellung dieser Zustände durch Einsetzung mehrerer Beamter bei der Auszahlung. Arbeitsloher, handelt, nur dann wird etwas geschehen. Nur durch eure Geschlossenheit und Kraft wird dieses Schikanen ein Ende berrieden werden.

**Die schwärzesten Maßnahmen der Röte, Graz.**

Von Tag zu Tag mehren sich die indirekten Maßnahmen und Absicherungsmaßnahmen. So werden die Arbeitslosen ausgehebelt mit den Begründungen: „Da Arbeitswilligkeit nicht angenommen werden kann...“ oder: der Sohn oder Soter verdient 5.- 10.- usw.; dann heißt es wieder: „Nicht fortzuhören, dauernd in diesem Berufe deklariert gewesen“, obwohl diese Arbeitslosen 1, 2, 3, 4 und 5 Jahre und mehr noch in diesem Berufe tätig waren. Diese letzte Maßnahme ist überhaupt ein offener Durchbruch des Arbeitslosenverschließungsgesetzes. Was hilft euch die Verlängerung der Rötenklausur, wenn man in verstohler Form das Gesetz durchträgt, was hilft euch die Verlängerung, wenn die Röte die Untersuchungen fürz. Arbeitsloher, Betriebsarbeiter, das alles kann nur geschehen, wenn ihr so gebündigt seid. Griniert euch noch der Demos-

Kreis vom 6. April 1925, wo man ab 1. Juni 1926 große 40.000 Arbeitslose austeuern wollte und ihr eine in mächtiger Demonstration diesem Nachfolg widergesetzt habe. Arbeitslose, kämpft wieder mit uns, wie 1925, 26, 27 und 1928. Nur eure Entschlossenheit wird den Weg nach Vorwärts freimachen.

**„Guter“ hat recht!**

Im „Mahrn“ Nr. 38 wurde berichtet, daß Viecher den entlassenen Lederarbeitern den 14-tägigen Urlaub nicht beigelegt und sich darauf beruft, daß 1926 beim Streikablauf mit der Gewerkschaft vereinbart wurde, daß die Arbeitszeit als unterbrochen gilt. Die Riegl: der entlassenen Lederarbeiter beim Eingangsamt hat die Bekanntmachung Viechers bestätigt, der 14-tägige Urlaub wurde nicht ausbezahlt. Die Gewerkschaftsabteilung hat hinter dem Rücken der Arbeiterkraft eine bei allen Streikabläufen übliche Vereinbarung, wonach die Arbeitszeit als nicht unterbrochen gilt, hinter dem Rücken der Arbeiterkraft preisgegeben. Die geschädigten Lederarbeiter müssen ihre Gewerkschaftsbürokratie zur Rechenschaft ziehen. Ein Lederarbeiter.

**Günther-Büro - ist Dr. Alex. Mayer.**

Dr. Alex. Mayer, Präsident der „Humania“ Leder- und Schuh-A.G., Graz, hat die „Tagespost“ mit einem Leiterartikel beeckt, bestellt: „Der Auoweg“. Dort zieht er ins gegen die unzählige Zwangsvorbelagerung bei den Arantewaffen und hat den traurigen Mut, von einem Überflug an zahnradzählerlicher Hilfe, von Sommerfrischen, Erholungsheimen zu sprechen, bis zum Himmel schreie.

An der Arbeitslosenverschließung müßte die Wirtschaft zugrundegehen und die großen Zwischenbetriebe, die durch den Konkurs zwischen den Großhandelsketten und Kleinhandelsketten ausgestorben vorhanden sind, müssen vom Staat durch die Erhöhung der Warenumsatzsteuer „weggeleitet“ werden, um aus diesen Mitteln eine mäßige Arbeitslosenverschließung aufrechtzuhalten, während die Wirtschaftskette durch den Konkurs der sozialen Ketten und durch den Umsatz, daß Gewerbe der Warenumsatzsteuer nicht innerhalb ihres Arbeitsgemeinschaftsverbandes verhindern konnte. Keine verlangt dieser Mann die Arbeitslosigkeit - nicht für die beteiligten Richter - sondern nur für die beteiligten Richter.

Was der Herr will, sie nicht schreit mir die Blauzehen jenes Unternehmens. Die kleinen Betreiber besteuern ungern den großen Betreiber. Da liegen wir, wenn schon eben schon. Also beide Kategorien von Arbeitern. Er holzengemeine. Sommerzeit sind zwei. Wir glauben es, aber nicht für die Arbeiter, sondern für die Herren vom Riegel des Dr. Alex. Mayer. Diese Sommerzeit und Erholungszeit werden vom revolutionären Proletariat erst für seine Aranten und Schulnachdürftigen in Anspruch genommen werden. Und die Arbeitspflicht wird auch eingeführt werden, aber von der legitierten proletarischen Revolution für die Parasiten, Rummelner und Kapitalistenschneider. Und dann wird wahrscheinlich auch Dr. Alex. Mayer das tun, was er jetzt um ein Trinkgeld der proletarischen Jugend zumutet, nämlich mitschreiben mit Kauf und Kampf an den „Mitarbeitern von Simpel und Alm, Ader und Dorf, Bau von Semmerringtunneln und Brücken“ usw. Vorläufig hat Dr. Alex.

Siehe Sie sich einen Standpunkt gefunden. Sie hat offen, die Biographie im Berichtsausschuss keine Erwähnung hatten, ob 1. Jänner 1921 mit einem bestimmten Mitglied eine Beleg. Wenn nach seiner Theorie leben die Männer auf Kosten des Bürovorstandes (Herrn Günther), daher wäre sich die „Humania“ A.G. sofort von ihrem Angestellten den Mitgliedszahlen und hat dabei einen kleinen Dokumenten ohne Gewährleistungen durchgeführt. So läßt sich diese Firma für ein Jänner 10 Schilling, für ein Jänner mit Bedienung 20 Schilling, für Jänner und Jänner über 30 Schilling bezahlen. Auch für das Bad verlangt diese Firma ab 1. Jänner 40 Groschen. Was für eine Stellung nimmt die Gewerkschaft zu diesen Unternehmensmethoden?

**Die Südbahnspur.**

Die Stadtgemeinde Graz hat sich mit Mühe der großen Arbeitslosigkeit zu einer „Wohltätigkeitsaktion“ in Form einer Auspeilung zu Gunsten der Arbeitslosen und Arbeiterkrafter entschlossen. Es sollen „erhebliche“ Mittel sein, die die Stadtgemeinde für diese Aktion zur Verfügung stellt. So daß es in Zeitungen und in Anschlägen für 20 Groschen ein ausreichendes Menü. Ich war begeistert und diese Begeisterung übertrug sich auf meine Frau. Ich besorgte mir am Vorlage zwei Zoline zu 30 Groschen und begab mich am nächsten Tage, ausgerüstet mit einem Koch und zwei Helfern, an die Auspeilstelle. Jedes Essen nahm ich schon auf Vorlage, um nicht etwa bei der Teilung des Menüs mit meiner Frau. die beim Essen keine Idee treut, in die Haare zu geraten. Als ich so ausgerüstet zur Auspeilstelle kam, waren bereits eine Anzahl Arbeitengenießen an der Unterbringung ihres Menüs beschäftigt. Die Neuerungen über das Menü, es war Erdbeersuppe, veranlaßte mich zur Beschäftigung. Das heißt, ich stellte die bereitgehaltenen 40 Groschen für den nächsten Tag wieder ein und holte mir mein Menü am Morgen ab. Das Ding, das man Erdbeersuppe nannte, kam mir zunächst gleichmäßig, dann vor, und jetzt erinnere ich mich, daß ich vorher unter der Gedanken an Neuerungen in etwas wie Wasserstomat vernommen habe. Ich holte meinen Koch und eilte damit heimwärts. Dagegen war bereits alles gedeckt und die Erdbeersuppe eingerichtet. Wer o Koch! Die Erdbeersuppe hatte nur einen „interessanten“ Geschmack von Wurst und der Erdbeersuppe erinnerte mich wieder an das einzige Wort. Es war natürlich und unheilig eine Waffensuppe. Aber tatsächlich, wie ich nun einmal bin, ich ich mir nichts davon merken und kostete es darauf los. Als und zu war es einen schlechten Bild auf meine Frau. Ich merkte bald, daß ich leicht immer länger würde, dann lag sie den Kopf weg. Sie hatte nicht einmal die Qualität der Suppe gewußt. Zuviel für mich, wie ich nun einmal bin, fragt ich sie, wie kann ich das? Sie verzog das Gesicht, und zum erstenmal hörte ich das ominöse Wort: Waffensuppe. Naam war das Wort geraten, hörte ich ein Schatten an der Tür. Ich dachte: Tja, es war der Hund des Nachbarn, er trat über den Tisch und kam an die Tür, das, das, wie ich mir dachte, die Erdbeersuppe bereit gebrachten brachte in dem Hund die Suppe: meine Frau. Dieser bestürzte die Suppe, drehte sich um und hob das Bein und dann geschockt etwas... Darauf verschwand er blitzschnell. Ich hatte keine Möglichkeit mehr, ihm den Zeller mit der Suppe nachzuwerfen. Hinten mit erschoss das Gedächtnis meiner Frau. Ich hole gewiß keine Erdbeersuppe mehr.

R. R.

## Ein schauriges Bild des Kapitalismus.

Gewerkschaftsbericht vom Jahre 1929.

### Ausbentung des Proletariats.

Wie ein Bohr auf die Gewerkschaften wirkt der oft-berühzte Bericht über den Achtstundentag:

„Die gleichen Bestimmungen des Achtstundentagsgebot werden in fast allen Bundesländern in mehr oder weniger grohem Ausmaße durchbrochen.“

Coder:

„Die häufige Übertretung des Achtstundentagsgebot ist in einigen Gewerbesorten förmlich zu einer Art vermeintlichen Regel geworden.“

Gewerbe-Inspektorat Wien berichtet, daß Bevölkerung... bei mehreren Betrieben Verwendungszettel bis zu 70 Stunden, in einigen Gastwirtschaften bis zu 100 Stunden pro Woche hatten, was die beobachtete 14-tägige tägliche Arbeitszeit bedeutet!

Gewerbe-Inspektorat Wien-Umgebung:

„In einer Güterfabrik wurde in der Sandzuckerfabrik in zwei zwölfstündigen Schichten gearbeitet.“

Gewerbe-Inspektorat Redten erwähnt folgende Ungehobenheitsfälle:

„Mehrheit hat der mit Rationalisierungsbestrebungen verbundene Arbeitersabbau dazu geführt, daß Spezialarbeiter bei Errichtung ihrer Arbeitskollegien bis zu einer 16-stündigen Tagesschichtleistung herangezogen worden sind.“

Gewerbe-Inspektorat für Bauarbeiten Graz:

„Die 60stündige Wochenarbeitszeit hat derart übernommen, daß viele glauben, daß sie gleichzeitig sei.“

Rennzeichnend für die Haltung der Gewerbe-Inspektoren ist der Bericht des Gewerbe-Inspektors Innsbruck:

„Dies gilt besonders für die Eisenindustrie, in der sich 10stündige Arbeitszeiten eingebürgert haben; allerdings sind von allen bedeutsamen Eisenwerken (96 in Tirol) Ansuchen um Bewilligung der 10stündigen Arbeitszeit eingegangen, und das Amt hat in Mehrzahl der bedrängten wirtschaftlichen Lage der Eisenindustrie auch in allen Fällen die Bewilligung für 180 Tage erteilt.“

(Fortsetzung folgt.)

Leset die Broschüre:

## „Die permanente Revolution“

von Leo Trotski

zu beziehen durch den Verlag

„Die Röte“

in Berlin.

### Treit aus, aus der Heimwehrkirche!